



Stellungnahme der BAG WfbM zum Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz

Die BAG WfbM repräsentiert die Interessen von 700 Trägern der in Deutschland amtlich anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen.

Statement zum Vorhaben Bundesteilhabegesetz

Die BAG WfbM unterstützt das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel der Bundesregierung, das „Recht der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu reformieren und zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln“. Das neu zu gestaltende Teilhaberecht soll entsprechend des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK) die Ziele verfolgen, einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen und die Position des einzelnen Menschen im gesamten Teilhabeprozess zu stärken. Für Menschen mit Behinderung, die wegen der Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können und daher auf eine Werkstatt für behinderte Menschen angewiesen sind, sollen die Übergangsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt erleichtert, Rückkehrrechte garantiert und die Erfahrungen mit dem „Budget für Arbeit“ einbezogen werden.

Forderungen der UN-Konvention umsetzen

Priorisierung besonders wichtiger Reformziele

Die grundsätzlichen Reformziele werden durch die BAG WfbM ausnahmslos unterstützt. Zur Erreichung dieser Ziele bilden im Hinblick auf die Teilhabe am Arbeitsleben die folgenden Aspekte wichtige Voraussetzungen:

1. Teilhabe von Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen

Der Personenkreis der Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf muss besondere Berücksichtigung finden, indem Artikel 24 und 27 der UN-BRK konsequent umgesetzt werden. Die Engführung des § 136 Abs. 2 SGB IX auf ein „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ als Zugangskriterium zu Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben hat vor dem Hintergrund der UN-BRK keine Grundlage mehr. Das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen muss handlungsleitend sein.

Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung ist kein Zugangskriterium

Seit den 1970er Jahren ist die Bildungsfähigkeit für jeden Menschen selbstverständlich. Dennoch endet dieses Verständnis für Menschen mit schweren Behinderungen im Übergang zwischen Schule und Arbeitsleben. Anhand vielfältiger Praxisbeispiele ist die berufliche Bildungsfähigkeit systematisch nachgewiesen worden, sodass nun die Gelegenheit günstig ist, politisch zu handeln.



Die vollständige Einbeziehung dieser Menschen, mit allen Rechten, die sich aus dem arbeitnehmerähnlichen Rechtsstatus ergeben, ist elementar. Entscheidend ist, dass für die Einbeziehung in den Berufsbildungsbereich bzw. den Arbeitsbereich der Werkstätten die notwendigen strukturellen Voraussetzungen bereitgestellt werden müssen.

- 40 Dazu zählen insbesondere die individuellen Unterstützungsbedarfe und die räumlichen Verhältnisse. Ein bloßer Übergang des Personenkreises in den Rahmen der Werkstatt unter den üblichen Bedingungen erfüllt nicht das Ziel der personenzentrierten Teilhabe.

2. Personenzentrierte Finanzierungsstrukturen

- 45 Bei der Diskussion von Finanzierungsstrukturen besteht Entwicklungsbedarf: Die Rolle des Menschen mit Behinderung im Teilhabeprozess muss gestärkt und die Notwendigkeit der Sicherung und Erhebung seines individuellen Hilfebedarfs muss gesichert sein. Gleichzeitig müssen die Menschen mit Behinderung die notwendige Unterstützung und Befähigung erhalten, um ihre gestärkte Rolle wirklich ausüben zu können. Das bedingt die Notwendigkeit eines Dienstleistungsangebots, das leistungsfähig ist und die Teilhabequalität und -quantität für Menschen mit Behinderung sicherstellt. Dieses Dienstleistungsangebot ist kausal mit der finanziellen Ausgestaltung des Teilhabesystems verbunden.

Rolle des Menschen mit Behinderung stärken

- 55 Als einer der wesentlichen Reformpunkte wird die Umstellung der Eingliederungshilfeleistungen auf Fachleistungen diskutiert. Dabei sollte aus Sicht der BAG WfbM darauf geachtet werden, dass die Ganzheitlichkeit der Unterstützungsleistung für Menschen mit Behinderung nicht verloren geht. Gleichzeitig muss die Sicherung des flächendeckenden Versorgungsauftrags erfüllt werden, was nur gelingen kann, wenn neben der Abdeckung des individuellen Hilfebedarfs des Menschen mit Behinderungen ebenfalls die Strukturkosten (dieser Hilfen bzw. der für diese Hilfe notwendige Rahmen) gesichert sind.

3. Budget für Arbeit

- 65 Das Budget für Arbeit räumt dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen die Möglichkeit ein, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf Basis eines Arbeitsvertrages und der Finanzierung der Betreuungsaufwendungen tätig zu sein. Eines der Ziele des Reformvorhabens ist es, Menschen mit Behinderung Beschäftigungsalternativen zur Werkstatt zu verschaffen. Die bundesweite Einführung des Budgets für Arbeit würde das Wunsch- und Wahlrecht für Menschen mit Behinderung stärken.

Bundeseinheitliches Budget für Arbeit

- 70 Um eine Schlechterstellung der Menschen mit Behinderung zu vermeiden, sollten der Rechtsstatus der dauerhaften vollen Erwerbsminderung, eine unbefristete Rückkehrgarantie, die Anwartschaft auf eine Erwerbsminderungsrente sowie die Sozialversicherungsbedingungen zugunsten der Menschen mit Behinderung geregelt werden.

Mindestanforderungen



75 Damit das Budget für Arbeit im Zusammenspiel mit anderen Leistungen zur Teilhabe und Rehabilitation seine Wirkung voll entfalten kann, muss es als Anspruchsleistung gewährleistet werden. Eine Ausgestaltung als Ermessensleistung ist abzulehnen. *Vermögens- und einkommensunabhängige Leistung*

Das Budget für Arbeit sollte als Alternative für den Arbeitsbereich der Werkstatt verstanden werden. Eine Ausdehnung auf den Berufsbildungsbereich erscheint unter der Aufgabenstellung der Beruflichen Bildung als nicht sinnvoll.

4. Berufliche Bildung

80 Die in § 40 SGB IX garantierten Leistungen und Aufgaben der Beruflichen Bildung sind qualitativ hochwertig und müssen anerkannt werden. Die Nichtanerkennung dieser Bildungsleistung stellt eine strukturelle Diskriminierung von Menschen mit Behinderung dar. *Berufliche Bildung anerkennen*

85 Darüber hinaus ist der Berufsbildungsbereich auf drei Jahre zu verlängern. Jede Regelausbildung dauert drei Jahre. Für viele Teilnehmer des Berufsbildungsbereiches ist die Berufliche Bildung in der Werkstatt die erste und einzige Berufliche Bildung. Die Verkürzung der Beruflichen Bildung für Menschen mit Behinderung auf zwei Jahre stellt eine eindeutige Diskriminierung gemäß Art. 24 und 27 UN-BRK gegenüber anderen Auszubildenden dar, deren Ausbildungszeit drei Jahre beträgt. Zudem ist die drei- *Berufsbildungszeit normalisieren*

90 jährige Ausbildungszeit mit einer Berufsschulpflicht verbunden, die für Menschen mit Behinderung im Berufsbildungsbereich unverständlicherweise nicht existiert.

Bewertung des Arbeitsprozesses in der AG

95 Die BAG WfbM begrüßt das Vorgehen der Arbeitsgruppe, vor allem im Hinblick auf die Beteiligung der Selbsthilfeverbände. Dem ausgerufenen Motto „Nicht ohne uns über uns“ wurde damit konsequent Folge geleistet. Dies stellt eine hervorzuhebende Qualität des Prozesses dar. Die gute Organisation und Begleitung der Arbeitsgruppe ermöglichte ein konzentriertes und inhaltlich intensives Arbeiten aller Beteiligten.

Frankfurt, den 31.03.2015

Martin Berg
Vorsitzender der BAG WfbM